

# Cuba kompakt

15. Mai 2008, Ausgabe 44, Jahrgang 4, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

## THEMA

### Rentner bekommen mehr Geld

#### Cubanische Regierung hebt Rente um 20% an

Seit 1. Mai kommen 2,154 Millionen Menschen in Cuba in den Genuss einer Rentenerhöhung um durchschnittlich 20%. Damit soll die Leistung derjenigen anerkannt werden, die ihr gesamtes aktives Arbeitsleben, fünf Jahrzehnte lang, der Verteidigung der Revolution gewidmet haben.

Außerdem erhalten fast 10.000 Cubaner, die an Gerichten arbeiten, mehr Geld. Das Gehalt der Richter und Staatsanwälte steigt um 425 Peso und das der übrigen um 211 Pesos an.

Gleichzeitig wurde erklärt, dass man im Augenblick noch nicht in der Lage sei, allen Arbeitern eine Lohnerhöhung zukommen zu lassen, ließ aber durchblicken, dass die nächsten Erhöhungen nach Sektoren und Prioritäten durchgeführt würden.

Alle, die ab jetzt in den Genuss von Lohnerhöhungen kommen, werden 5% an die Sozialversicherung zahlen müssen. Bis jetzt waren nur die Arbeiter bestimmter Unternehmensformen und die Fischereiflotte davon betroffen.

Die Tatsache, dass die Lebenserwartung in Cuba mehr als 77 Jahre beträgt, macht diesen Schritt notwendig.

Weitere Lohnerhöhungen sind davon abhängig, dass mehr und besser produziert wird.

Internationale Organe weisen immer wieder darauf hin, dass die Hälfte der

Weltbevölkerung nicht sozial abgesichert ist. Cuba hingegen stellt umfangreiche Ressourcen zur Verfügung, dass alle, die wegen ihres Alters, wegen Invaliderität, Krankheit oder Mutterschaft gar nicht oder nicht voll in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können, geschützt sind.

#### Geänderte Lohnpolitik

Die Regierung setzte außerdem eine Lohnpolitik für den produktiven Sektor in Gang, die dem effizienter Arbeitenden mehr Einkommen zugesteht.

Damit soll versucht werden, die Produktivität zu erhöhen, auch wenn die Politik der moralischen Appelle und der disziplinarischen Maßnahmen damit nicht außer Kraft gesetzt ist. Allerdings haben sich die Kriterien geändert. Der Arbeiter soll jetzt durch mehr Lohn zu besserer Leistung motiviert werden, das Gewicht des materiellen Anreizes wird betont. Hinzu kommt die Entscheidung, die Beschränkung des Spitzenlohns für die produktivsten Arbeiter aufzuheben. Das ist auf den ersten Blick natürlich ein Schritt weg vom Ideal des Che, dass der Mensch auch ohne materiellen Anreiz für die Gesellschaft arbeiten sollte. Aber dieser Idealszustand impliziert natürlich auch, dass die Gesellschaft ihre wichtigsten Grundbedürfnisse erfüllen kann. Wenn dies nicht der Fall ist, weil sie nicht genug erwirtschaftet, muss man zum Wohle des Ganzen andere Wege entwickeln. Auf

jeden Fall haben Überzeugungskampagnen und Maßnahmen zur strikten Einhaltung der Arbeitszeit „nicht ganz die Wirkung gehabt, die man sich erhoffte“, heißt es in der cubanischen Zeitschrift *Bohemia*. Derjenige, der „mehr zur Wirtschaft und zur Gesellschaft beiträgt, soll auch mehr Lohn bekommen“, sagte der Generalsekretär des cubanischen Gewerkschaftsverbands CTC Salvador Valdés der Zeitschrift. „Mehr als eine Bestimmung auf dem Gebiet des Lohns, um die Bezahlungssysteme zu ordnen, ist die Maßnahme ideologisch zu sehen. Zu wenig Lohn oder zu viel Lohn haben eine Wirkung auf das Bewusstsein der Menschen. Entweder werden sie davon motiviert oder demotiviert.“, sagte Valdés weiter. „Wir können die Funktion des Gehalts nicht durch gutes Zureden oder andere nicht effektive Wege ersetzen. Die Arbeiter müssen bezahlt werden, denn damit bestreiten sie ihren Lebensunterhalt.“ Er wies auf das Beispiel einer Arbeiterin in einem Unternehmen hin, die in der gleichen Zeit drei Mal so viel arbeite wie ihre Kollegen und trotzdem genau so viel verdiene wie diese. „Da ist ungerecht“, erklärte der Gewerkschaftsführer. Das neue System legt eine Vergütungstabelle fest, die sich nach dem einzelnen Unternehmen richtet. „Was gut ist für dieses Unternehmen in diesem Bereich und in diesem Bezirk, muss es nicht für ein anderes sein“, sagte Valdés.

R.F., JR, Granma, La Jornada

## POLITIK

### VI. Kongress der Partei Ende 2009

Raúl Castro kündigte an, dass das Politbüro der Partei es als „notwendig erachte“, in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 den VI. Kongress der Partei durchzuführen.

Dadurch soll „die Politik der Partei in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft mit der Zukunft in Einklang gebracht werden“. Der Kongress ist die höchste Autorität der PCC und seine Entscheidungen sind die Grundlage der offiziellen Politik für die folgenden fünf Jahre. Das ist der Zeitraum, in dem der Kongress gemäß den Statuten einberufen werden muss. Der V. Kongress fand im Oktober 1997 statt.

Eigentlich hätte der nächste also im Jahre 2002 stattfinden müssen. Jetzt, mit der durch die Novemberrede Fidels an der Universität angestoßenen und von Raúl weiter geförderten inneren Debatte ist sicher der günstige Zeitpunkt für einen solchen Kongress, der auch von der Bevölkerung eingefordert wurde.

## INLAND

### „Provisorische Etappe“ beendet

In einem ungewöhnlichen Tagesablauf mobilisierte Raúl Castro am 28. April alle drei Instanzen der Macht und kündigte eine neue politische Etappe an, die auf einer kollegialen Führung und der Stärkung der Institutionen basiere. Er rief die Kommunistische Partei Cubas (PCC) dazu auf, dass sie mit neuem Antrieb „die Kontinuität der Revolution garantiert, wenn ihre historische Führung nicht mehr da ist“. Am Morgen tagte das Politbüro der PCC und der Staatsrat. Am Nachmittag traf das sechste Plenum des Zentralkomitees zusammen und die Rede Raúls wurde von den späten Abendnachrichten übertragen. Die Mitglieder des neuen aus sieben Mitgliedern bestehenden Führungsgremiums sind Raúl Castro, José Ramón Machado Ventura, erster Vizepräsident, Esteban Lazo, in der Partei verantwortlich für Ideologie und Kultur, Carlos Lage, Chef des Kabinetts, Juan Almeida, einer der Comandantes der Revolution, Abelardo Colomé, General und Innenminister und Julio Casas, General und neuer Verteidigungsminister. Sie alle sind eine Art politischer Generalstab, der, wenn nötig, „Entscheidungen treffen kann, die ein schnelles Handeln erfordern und der gleichzeitig in der Lage ist, eine kollektive Bewertung vorzunehmen“.

Die Zusammensetzung der Gruppe, die außer Lazo (64) und Lage (56) nur aus Mitgliedern der historischen Generation besteht, zeigt, dass alles daran gesetzt wird, um mit ganzer Kraft die Weichen für eine Weiterentwicklung des Systems so zu stellen, dass die Idee der sozialen Gerechtigkeit nicht verloren geht und dass dafür nicht sehr viel Zeit zur Verfügung stehe.

## BILDUNG

### Neuer Erziehungsminister: José Ramón Fernández neuer Superminister für Bildung

Obwohl Raúl Castro angekündigt hatte, er werde sich mit der Zusammenstellung des neuen Kabinetts bis Ende des Jahres Zeit lassen, zwangen ihn die Ereignisse, schnell zu handeln. Luis Ignacio Gómez Gutiérrez hatte in den letzten 18 (für Cuba harten) Jahren das Erziehungsministerium inne. In den letzten Monaten kam es in öffentlichen Debatten, die auch von den Medien aufgegriffen wurden, zu heftigen Kritiken am Bildungssystem. Letzter Auslöser für die Ablösung des Ministers war möglicherweise der Kongress der UNEAC, bei dem die cubanischen Intellektuellen schwerpunktmäßig dieses Thema behandelten.

Wie die ganze cubanische Gesellschaft wurde natürlich auch das Schulwesen von der Sonderperiode betroffen. Die schleichenden Auswirkungen der Krise kommen erst jetzt, zeitverzögert, zum Ausbruch und beginnen nun ihre Wirkung zu zeigen. Das ist für Cuba besonders schmerzhaft, ist doch das Bildungssystem einer der großen Erfolge der cubanischen Sozialpolitik. Fidel Castro nahm in seiner Reflexion „Die Lebenden und die Toten“ zur Absetzung

des Ministers Stellung. Darin unterstützt er die Entscheidung der Partei und des Staatsrats und schrieb, dass der Minister „wirklich erschöpft“ sei. Er habe Energie und revolutionäres Bewusstsein verloren, was er auch an einigen Beispielen konkretisierte.

Nachdem man zunächst Elsa Velázquez Cobiella, eine Doktorin der Pädagogik und Rektorin des Pädagogischen Instituts in Santiago, für den Posten vorgesehen hatte, ernannte Raúl Castro am 28. April José Ramón Fernández zum „Superminister“ für alle Arten von Bildung. Fernández ist 85 Jahre alt und bekleidete bereits in den 70er und 80er Jahren das Amt des Erziehungsministers. Er hat nun die Grund- und Sekundarschulen, die Hochschulen, den gesamten Sport und die Militärschulen unter sich. Die Bedeutung, die die Führung der Revolution dem Bereich zumisst, wird deutlich, wenn Raúl sagt, dass Fernández ihm über alle Entscheidungen Bericht erstatten müsse, die „wegen ihrer Wichtigkeit und Transzendenz“ einer vorherigen Beratung bedürfen.

R.F., Granma, La Jornada



Esteban Lazo, in der Partei verantwortlich für Ideologie und Kultur

